

Volkstimme

Einzelpreis 2.00 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannschmidt & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. — Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. Postzustellungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 40.00 Mark, beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 38.50 Mark. — Anzeigengebühr: die gespaltene Normzeile 5.00 Mark, auswärts 6.00 Mark, im Reklameteil Seite 17.00 Mark, auswärts 23.00 Mark. Berechnender Satz 4.00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 185.

Magdeburg, Donnerstag den 10. August 1922.

33. Jahrgang.

Wahnideen.

Die ersten Eindrücke über den bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz vermögen in Deutschland alles andere, nur nicht ermutigend zu wirken. Wie bei allen bisherigen Entente-Konferenzen, die angeblich dem Wiederaufbau Europas gelten sollen, auch hier neue einseitige Anklagen von französischer Seite, Anklagen, die von vornherein das notwendige Zusammenarbeiten bei einem Wiederaufbau erschweren müssen. Statt einmal von der Selbstschuld der französischen Regierung an der augenblicklichen Finanzlage Frankreichs zu reden, sieht Poincaré nur den

Waffen in dem Auge des einstigen Gegners, vergißt bewußt die Feststellungen des Garantiefomitees, das längere Zeit in Berlin weilte. Poincarés Taktik bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen wird von politischen Motiven geleitet. Noch ist das Annerzionprogramm der französischen Regierung des nationalen Blokes nicht verwirklicht. Man braucht dazu einen „schlechten Willen Deutschlands“, der längst bewiesen wäre, wenn es nach den Deutschnationalen ginge. Diese Herrschaften schreien schon wieder nach der starken Faust, prophezeien abermals hoch und heilig den endgültigen Zusammenbruch der deutschen Erfüllungspolitik, ohne erst die Entwicklung der Londoner Beratungen abzuwarten und ohne zu bedenken, daß sie mit ihrem boreiligen Geschrei nur die Bestrebungen französischer Annerzionpolitiker fördern.

So ernst auch die Situation im Augenblick scheinen mag, eins ist doch als zufriedenstellend zu verzeichnen. Seit anderthalb Jahren hat sich der französische Ministerpräsident zum erstenmal zu einem Moratorium,

wenn auch nach eignen Methoden, bereit erklärt. Noch vor wenigen Monaten, anlässlich der Pariser Konferenz der Finanzmänner, lehnte das französische Kabinett ein Moratorium strikt ab. Wenn man inzwischen in Paris anderer Auffassung geworden ist und eine Stundung mit ungeheuren Bedingungen verknüpft, so scheint das vom rein französischen Standpunkt aus zurzeit nicht nur verständlich, sondern liegt auch folgerichtig in der Linie der von Poincaré seit seinem Regierungsantritt verfolgten Politik. Frankreich — oder richtiger Poincaré — knüpft an ein Moratorium die

Forderung nach produktiven Pfändern.

Was heißt produktive Pfänder? Nach dem Pariser „Matin“ ist darunter die Beteiligung an den Ergebnissen der Ausbeutung der staatlichen Bergwerke, der Dominalwälder und der großen Industriegesellschaften zu verstehen! Man will also Deutschland neue Kommissionen auf den Hals heben, die für uns eine neue weitere Belastung bedeuten und die einen wesentlichen Anteil der neu erstrebten Einkünfte für ihren großzügigen Unterhalt verschlucken. Auf der einen Seite also Stundung und damit Anerkennung der Unmöglichkeit, weitere Verpflichtungen abzutragen, auf der andern Seite neue Belastungen! Wozu da erst Stundung?

Rein wirtschaftlich betrachtet sind die französischen Forderungen ebenfalls mehr als widersinnig. Zunächst ist unverständlich, was bei der Reichsbank noch kontrolliert werden soll, nachdem ihre Autonomie gegenüber dem Reich gestärkt worden ist und das geschäftliche Interesse der Anteilseigner einen ziemlich weitgehenden Einfluß auf die Noten- und Devisenpolitik der Reichsbank gewonnen hat. Die geforderte Devisenzentralisation muß daran scheitern, daß ein

Heer von Ententeagenten

in Deutschland und besonders die Besatzung ohne jede Kontrolle des Reiches Devisengeschäfte betreibt. Das kann nur durch ein Verschwinden der Besatzung unterbunden werden. Die Kontrolle der Ausführungsgenehmigung wirkt wie ein Sohn, wenn man weiß, daß es gerade der Friedensvertrag ist, der die Rechte Deutschlands zur Ausübung seiner Außenpolitik erheblich beschränkt. Eine Sonderbesteuerung der Kohle muß auf den härtesten Widerstand der Bergarbeiter stoßen, die jetzt schon die erhöhte Kohlensteuer als ein Hemmnis in ihrer Lohnkämpfen empfinden und daher im Interesse einer besseren Lebenshaltung und zur Verhinderung der Abwanderung in andre, besser bezahlte Berufe einen Abbau der Kohlensteuer fordern. Die Wiederherstellung der Zollgrenze im Osten des besetzten Gebiets nach Poincarés Plänen wäre die ungehörigste Wiederaufnahme der Sanktionen, die in Wirklichkeit niemals aufgehört haben. Unerfindlich ist auch, welche praktischen Erfolge sich Poincaré aus einer besonderen Kontrolle der Einnahmen aus Bergwerken und Wäldern verpricht.

Der heikelste Punkt unter den französischen Forderungen ist die

Beteiligung an der deutschen Industrie.

Die Sozialdemokratie ist für eine Erfassung der Sachwerte schon vor längerer Zeit in der Absicht eingetreten, dadurch die ruinösen Rückwirkungen der Reparationszahlungen auf die Mark abzuhalten. Inzwischen ist auch von deutscher rechtsstehender kapitalistischer Seite ein entsprechender Plan ausgearbeitet worden. Dieser Plan bezweckt, die gesamten fälligen als Reparationszahlungen bezeichneten Forderungen durch ein einmaliges großes Verkaufsgeschäft abzufinden, das etwa ein Fünftel des Aktienkapitals und des Grundvermögens umfassen sollte. Als Gegenleistung verlangt er die sofortige Aufhebung der Besetzung und vollständige Freiheit der deutschen Wirtschaft von fremdem Druck. In dem Zusammenhang aber, in dem Poincaré die Forderung nach deutschem Aktienbesitz aufstellt, ist das eine Umkehrung sowohl unserer eigenen früheren Forderungen sowie des Planes, der soeben gekennzeichnet wurde.

Es ist anzunehmen, daß Poincaré von seinem phantasielollen Produkt viel zurückschrauben muß. Nachdem die englische Regierung den Antrag auf Stundungsgewährung für Deutschland gestellt hat, erscheint es unmöglich, daß sie jetzt einer Stundung stattgibt, die an die unheilvollen Forderungen Poincarés geknüpft ist.

Auch die Bayern wollen Pfänder.

Der französische Ministerpräsident verlangt „produktive Pfänder“, wenn er Deutschland einen kurzen Zahlungsaufschub bewilligen soll. Das halbe Deutschland soll für die französischen Steuerzahler arbeiten, wenn der zweiten Hälfte die Fron für die Entente erlaubt werden soll. Robotdienste der sechzig Millionen Deutschen für die französischen Kapitalisten.

Die bayerischen Monarchisten lernen schnell von ihrem Freunde Poincaré. Auch sie wollen Pfänder, wenn sie in dem Konflikt mit dem Reich einlenken sollen.

Am Mittwoch früh sind die bayerischen Unterhändler in Berlin eingetroffen. Verhensfeld ist begleitet von dem Innenminister Schmeyer und dem neuen deutschnationalen Justizminister Gürtner. Alle drei wackelnde Reaktionen und Agenten der Wittelsbacher. Sie sind genau so unbeugsam wie Poincaré.

Gleichwohl hält es die regierende Partei Bayerns, die Bayerische Volkspartei, ehemals Zentrum, noch für nötig, ihnen den Rücken zu steifen. Es werden ihnen die folgenden netten Verhaltensregeln mit auf den Weg gegeben:

Die bayerische Notverordnung kann erst aufgehoben werden, wenn die Bedenken Bayerns gegen die republikanischen Schutzesetze des Reiches beseitigt sind. Das bayerische Volk, das geschloffen wie noch nie hinter der Politik seiner Regierung steht, verlangt von den Unterhändlern, daß sie fähigere und reale Pfänder mit nach Hause bringen. Jetzt handelt es sich nicht um Reichssteuer und um die Einheit des Reiches, sondern darum, ob die Fanatiker des Einheitsstaates so viel Einsicht besitzen, der staatspolitischen Wirklichkeit in Deutschland ein Opfer zu bringen.

Die bayerischen Monarchisten befehlen die deutschen Republikaner haben zu gehorchen. Bayern über das Reich! Wie mit Leuten, die ein solches Mandat als bindend ansehen, in Berlin noch möglich verhandelt werden kann, ist nicht einzusehen.

Die bayerische Regierungsbasis ist durch die deutschnationalen und ihnen wesenverwandte Deutsche Volkspartei verbreitert worden. Der deutschnationale Minister zieht mit nach Berlin. Das erregt schwere Bedenken bei den Demokraten, die aus der Regierung ausgeschlossen sind:

Es ist wahrscheinlich eine seltsame Befundung des bayerischen Verständigungswillens, wenn man die Partei in die Regierung hineinnimmt, die bisher den Gedanken einer Verständigung entschieden bekämpft hat. Wir sind nicht am Ende, sondern am Anfang des Konflikts.

Selbst in den Reihen der wankelmütigen Bauernbündler, die zugunsten der Monarchisten umgefallen sind, regt sich ein wenig Opposition. Das pfälzische Organ des Bayerischen Bauernbundes schreibt:

Es klingt wie ein Söhn im Moment, da alles nach dem Schutze der Republik steht, wird das Justizministerium Monarchisten ausgeliefert. Das ist zum Schaden. Wir konstatieren, daß dieser Schritt der Bauernbundaktion ohne jede Zustimmung mit der Partei erfolgt ist.

Selbstverständlich ziehen nun die illegalen separatistischen und monarchistischen Organisationen wie z. B. der „Bund Oberland“ die Konsequenzen aus der verfahrenen Lage. In Schliersee fand eine förmliche Mobilisation der monarchistischen Putzisten statt. Es wurde das Gerücht ausgebreitet, die oberbayerischen Bergarbeiter würden Schliersee und Wiesbad überfallen, die Ortsgruppe Schliersee des Bundes Oberland würde in den Hotels Wachen einrichten und die Zugangswege nach den Dörfern der oberbayerischen Bergarbeiter mit Posten besetzen.

In den Kreisen der bayerischen Monarchisten ist man offenbar unter preussischer militärischer Führung bereit, dem Reich unter Umständen auch mit Gewalt Widerstand zu bieten, wenn die bayerische Regierung sich auf den Boden der Reichsgesetze stellen würde.

Unter diesen Umständen ist nicht zu erkennen, wie die Berliner Verhandlungen mit einem zufriedenstellenden Ergebnis endigen können. Berlin scheint auf Befehl der bayerischen Monarchisten ein Gegenstück zu London werden zu sollen, wo der unerbittliche Säbelträger Poincaré das große Wort führt.

So weit hat es die deutsche konterrevolutionäre Reaktion schon gebracht.

Ludendorffs Ruhm verblaßt.

Drei Jahre lang haben die Redner und Zeitungen der Rechten erbittert die These verfolgt, daß Strategie und Kriegspolitik der Obersten Heeresleitung sicher zum Erfolg geführt hätten, wenn nicht Sozialdemokraten, Juden und andre dunkle Elemente den berühmten „Dolchstoß“ in den Rücken des siegreichen Heeres geführt hätten. Allmählich ringt sich aber die geschichtliche Wahrheit auch bei ihnen durch. Ludendorff, dessen Unmöglichkeit als Politiker nicht mehr bestritten wird, wird auch als Feldherr mehr und mehr fallengelassen.

So veröffentlicht die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ jetzt einen Aufsatz des Oberstleutnants Rohrbach über „Die Märzoffensive 1918“, die im Anschluß an ein gleichbetitelttes Buch von Otto Fehr (Verlag von Koehler, Leipzig, 1921) an der Feltherkunft Ludendorffs außerordentlich scharfe Kritik übt. Ihren Fehlern wird die Schuld daran zugeschoben, daß diese großangelegte Offensive, die ungeheure Menschenopfer kostete, keine strategischen Erfolge zeitigte. An den damaligen Maßnahmen der Obersten Heeresleitung sei „Mangel an starrer Führung“ nachzuweisen und zu weichen Nachgeben gegenüber zu wertgebenden, aus dem Rahmen der Operation fallenden Offensivabsichten eines einzelnen Armeekorps-Oberkommandos“.

In diesem Sinne wird die mißlungene Märzoffensive von 1918 mit der unglücklichen Marne Schlacht von 1914 in Parallele gestellt. Darüber wird in einzelnen Ausführungen:

Die sehr günstige weitere Entwicklung der Operation bis zum 25. März mit großem Geländegewinne an den inneren Flügeln der 17. und 2. Armee und großen Erfolgen bei der 18. Armee führte bei der Obersten Heeresleitung zu ähnlicher Unterschätzung des Feindes wie bei der ersten deutschen Obersten Heeresleitung vor der Marne Schlacht 1914. Zwar war der Engländer empfindlich geschlagen, aber die ganze Macht der französischen Reserven konnte nun, den Bundesgenossen entlastend, eingreifen.

Am grundlegenden Gedanken des deutschen Operationsplanes war gleichwohl festzuhalten; erst die Engländer gänzlich zertrümmern und bis auf die Rüste zurückwerfen, dann erst den Schwerpunkt des Kampfes gegen die Franzosen legen. Aber im Gegensatz hierzu soll nur noch eine Armee, die 17., mit dafür unzureichenden Kräften die Operation gegen die Engländer weiterführen, während 2. und 18. Armee sich angreifensweise gegen die Linie Amiens—Montdidier—Reims gegen die Franzosen wenden sollten. Die Operation wurde exzentrisch, der Kampfbogen immer größer, ohne daß wesentlicher Kräftegewinn auf deutscher Seite erwartet werden konnte.

Die Folgen zeigten sich sofort: der Angriff der 17. Armee erstarb, auch der rechte Flügel der 2. Armee ließ sich in wenigen Tagen fest, der weiter fortgesetzte Angriff der inneren Flügel der 2. und 18. Armee mußte bald den einen Punkt erreichen. Die Entschlüsse der Obersten Heeresleitung werden schwankend und entbehren der Sicherheit des Erfolges: dem Schwergewicht des Angriffs gegen die Franzosen in Richtung Montdidier folgt wenige Tage später der Vorstoß gegen die Engländer bei Amiens. So mußte wegen unklarer Ziele und Mangel an Kräften die Märzoffensive sich festlaufen, leider vielfach an Geländeabschnitten, die für uns außerordentlich lagen sowohl für die Abwehr der feindlichen Angriffe wie für die Wiederaufnahme der Offensive.

Die wilde Jagd.

Für den Monat August wurde der Bezugspreis der „Vollstimme“ von 35 auf 40 Mark erhöht. Das ist das 50fache des Bezugspreises in der Vorkriegszeit...

Die Helden vom „Selbstschutz“.

Die Dieblinge der Monarchisten sind die „Selbstschutzleute“ in Oberschlesien, die dort wie Räuberbanden haufen. In ihren Reihen sind vornehmlich Mitglieder der Organisation...

werden, sondern ihn zu allerlei Dutzend zu benutzen. Ein Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, Frau Kühner, die ausdrücklich betonte, daß sie vom Land ist...

So sieht die Not der Landwirtschaft aus, die angeblich durch den Preis des Umlagegetreides ruiniert wird. Wenn sie ein Fünftel von der Liebe zum Volke hätte...

Gegen die Geschichtsfälschung.

Das deutsche Volk kennt seine Geschichte nicht. Die Preußen wurden groß gezogen mit der Hohenzollern-Legende, die Bayern mit der Wittelsbacher Legende...

Vor einigen Tagen hat der frühere Reichsaußenminister Doktor Simons das Buch von Doktor Erik Wülfing „Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart“...

Genosse Kampffmeyer hat seinerzeit, als das Buch erschien, mit Recht betont, wie notwendig ein wirkliches Volksgeschichtsbuch sei, das den demokratischen, freisinnigen, republikanischen Gedanken in den Mittelpunkt der Betrachtung stelle.

Wie oft ist schon über die Notwendigkeit einer republikanischen Propaganda geredet und geschrieben worden. Ein republikanisches Volksgeschicht ist nicht die schwächste Waffe im Kampfe gegen die monarchistische Reaktion.

Wie nahe wir dem Ziele März 1918 gewesen, wissen wir jetzt aus den englisch-französischen Veröffentlichungen: „Man konnte die Entfernung, die die Deutschen vom endgültigen Siege trennten, in Schritten messen.“

In Wirklichkeit war der Krieg damals schon, infolge des Eingreifens Amerikas, politisch verloren. Große militärische Erfolge konnten aber in Verbindung mit einer klugen, maßvollen Politik Deutschlands Lage immer noch erheblich verbessern.

Dann brachen, einer nach dem andern, die Verbündeten Deutschlands zusammen. Was bleibt da von der Dolchstoß-Lüge noch übrig?

Die Brotverteurer wählen.

Die Großagrarien verstehen sich auf Propaganda und lassen sie sich etwas kosten. Sie wissen so gut wie jeder Geschäftsmann, daß richtig betriebene Propaganda eine gute Kapitalanlage ist.

Der Vorsitzende des Reichslandbundes, der deutsch-nationale Abg. Hepp, weiß wieder einmal nach, daß die Getreidemalage eine Unmöglichkeit ist und die Durchführung des Gesetzes den Ruin der Landwirtschaft bedeuten würde.

Selbstverständlich müssen auch die nachfolgende Bitterung und der springende Dollar herhalten, um die Notwendigkeit höherer Preise für die Großagrarien zu begründen. „Hatte man“, so fragt Hepp, „auf der andern Seite erwogen, daß der Preis für jedes Erzeugnis die Erzeugungskosten unter Berücksichtigung der Fortführung der Wirtschaft decken muß?“

Kleines Feuilleton.

Alf im Victoria-Theater.

Alf. Im dritten Akt sieht ein großes Bett auf der Bühne. In diesem Bett muß es sich entscheiden, ob die jüngere Schwester oder die neue... Natürlich die neue, die sich „Pili“ nennt, verlogener und freier ist, ein „Campolo“ mit erotischem Pfeffer, die ihren Theaterdirektor in der ersten Nacht entführt.

In Berlin konnte man Käthe Dorsch für die Titelrolle ansetzen und mit raffinierter eleganter Inszenierung einem amüsantesten Dargestellten im Land in die Augen streuen. Liane Delort ist ein nettes, intelligentes Mädchen, das noch jemand besser wäre, wenn ein Spielleiter in Regensburg es beruhte, ihr gelegentlich einmal Soubrette anzulegen.

Es ist zu erwidern, was es die jenseitigen Hauptrollen spielen. Dargun: unsere braven, gebildeten Regensburger Politiker, das heißt den heutigen Bruchteil der sich ereignen sollte, um möglichst die Schuld. Als die Regensburger auf dem Wege zur nicht enden wollen, folgen diese Bemerkungen auf die Bühne, jeden Augenblick: „Doch nicht doch und auf die andere Seite!“

Briefe von der Wonna.

Sehe, Schatz! In der Zeit der Ungewissheit wird die Zeit der Liebe die lieblichsten in Deutschland auf dem Lande sein. Ein Brief, der eher zu einem als zu einem Brief ist. Wenn Du nicht krank bist, es gibt, was ich mit Dir machen kann, ist es nicht, was ich mit Dir machen kann, ist es nicht, was ich mit Dir machen kann, ist es nicht.

rechlüssig genannt, denn sie gedeiht da, wo Unterernährung, lange Arbeitszeit, schlechte Bekl. und Wohnstätten ihr den Boden bereiten. Dazu kommen noch Berufe, die so gesundheitsschädlich sind, daß ihre Angehörigen mit grauenerregender Sicherheit damit rechnen müssen, dazwischen von dieser Mangelart hingerodet zu werden.

Das ist nicht das schlimmste! Die Tuberkulose ist zwar eine jenseitige Krankheit, aber sie ist heilbar. Dann nämlich, wenn sie rechtzeitig erkannt und richtig behandelt wird. Und trotzdem sterben daran 150 000 Menschen? Hier beginnt die Schuld der kapitalistischen Gesellschaft. Sie kann die Ursachen der Krankheit nicht beseitigen, und darum auch diese selbst nicht wirksam bekämpfen.

Zudem wäre es falsch, mit indischem Fatalismus die Arme zu kränzen und nichts zu tun. Die Anstellung gibt denn auch viele Rückschlüsse, die der einzelne auch unter den dürglichsten Verhältnissen belegen kann, um den Ursachen der Krankheit zu weichen, die sozialen Einrichtungen werden weiter ausgebaut, die Krankenkassen tun ihr Möglichstes, und daß der Acht-Kräsident die wertvollste Erzeugnisquelle der Revolution ist, das mußte angesichts dieser Anstellung eigentlich der berufsmäßige Arbeiter und realistische Politiker heimganglos gegeben.

Rein wie in der Halle für Sozialfürsorge auch den Blick hinwenden müssen, sehen wir, wie Sozialfürsorge, guter Wille kleiner sozialistischer Schichten und die Arbeiter durch ihre Einrichtungen der Kampf gegen die Ursachen der Krankheit führen: Krebs, Diphtherie, Ruhr, Cholera, Pocken, Scharlach, Malaria, Diphtherie, Tuberkulose, Malaria, Hungerkrankheiten, Tollwut und wie sie alle heißen mögen. Stellt man sich diese Plagegeister einmal als eine wilde Horde vor, die uns zu jeder Zeit überfallen kann, so muß man sich wieder über die Kapazität und Fähigkeit des Menschen wundern, der einfach nicht anstandslos ist, so wenig wie — Unkenn und Rangen.

Die Jugendfürsorgeanstalten Regensburgs zeigen in einigen Abteilungen, wie Kinderärztinnen und -ärzten ausgebaut werden, und ganze Kapitel aus August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“ werden einem bei der Betrachtung gegenüber. Wie arm ist die Einzelregierung des Kindes in der Familie, selbst in der bestgehüteten, wie unendlich reich in ihrer Mannigfaltigkeit an Krankheiten in der Gemeinschaft eines richtig geleiteten und angelegenen Kinderhauses oder -gartens! Und wie konnten die so fast beliebigen Mütter erleichtert werden, wenn sie ihre Kinder losgelassen hier unterbringen konnten unter gesicherten Erziehungsmitteln, die die Frau nur sehr selten sein kann.

Wagt ohne Bedacht man auch die Arbeiterinnenkinder an, die ein Gebenmännchen hier als Mutter angesehen hat. Sein Kind findet oder Gerat, das erbeutet werden konnte, wenn ein neuer Gebenmännchen den Müttertag berührt, und nichts, das zur Pflege der Mutter nicht unbedingt nötig wäre. Wer wie ich...

die Wirklichkeit aus? Gehe jedes Ehepaar das Zimmer an und begleihe dann, unter welchen Umständen seine Kinder zur Welt kommen.

Engelstund hat auch die Eltern und Väter über das Schicksal der unehelichen Mütter und ihrer Kinder. Man könnte fast glauben, daß die Welt seit einigen Jahrhunderten stillgestanden hat. Noch immer bleiben Mütter und Kind ohne Schonbesamtsfesselung bewerkelt, wie zu der Zeit, als uneheliche Kinder nicht jeden Bedarf erkennen durften und die Mütter als moralische Anstöße an der Krone fürchten mußten.

Aber ich will Schluß machen; noch vieles ist zu sehen, und nichts ist unwichtig; aber diese Briefe sollen kein Katalog sein, sondern nur Anregungen geben.

Das Bismard-Drama verläuft verboten. In dem Prolog, den der frühere Kaiser gegen Emil Ludwig wegen seines Bismard-Dramas „Die Entlassung“ angestrengt hat, ist von der 4. Ferienkammer des Landgerichts 3 Berlin eine vorläufige Entscheidung gefällt worden. Im Wege der einstweiligen Verfügung wurde angeordnet, daß der Beklagte bis zur rechtskräftigen Entscheidung in der Hauptsache die öffentliche Darbietung, insbesondere die Aufführung jedes Stückes „Die Entlassung“ in eigener Veranstaltung oder der dritten Personen sowie den Buchverlag seines Werkes unterläßt und schließlich die Veröffentlichung einzelner Stellen seines Werkes in Zeitungen oder Zeitschriften insoweit zu unterlassen hat, als in diesen Stellen die Person des Klägers handelnd auftritt.

Literatur. Anfang Juni dieses Jahres wurde in Stauenschweig der Dichter Reinhard Goering unter dem Verdacht der Unterschlagung verhaftet. Er hatte zwei Oelgemälde für 50 000 Mark verkauft, die sich in dem ihm zur Benutzung überlassenen Wohnung eines Freundes befanden. Goering wurde von der Staatsanwaltschaft zunächst der Landesheilanstalt in Königs-Lutter übergeben, da Brunel bestanden, ob er für die Zeit tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden konnte. Wie die „Braunschweigische Landes-Zeitung“ meldet, sind die Ergütze zu der Ueberzeugung gekommen, daß Goering nicht den Betrag des § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs genötigt kann. Es ist nunmehr die gerichtliche Verurteilung gegen Goering eröffnet worden, der befreit, sich für die Genüge zu haben. Da Fischveracht nicht vorliegt, wurde er am Freitag voriger Woche wieder aus der Haft entlassen. Die Untersuchung gegen ihn ist noch nicht abgeschlossen. Goering selbst erklärt, er habe ein Interesse daran, daß die Unterschlagungen gegen ihn in öffentlicher Verhandlung geklärt würden, damit sein Ruf als Dichter und als Mensch rein bleibe.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. August 1922.

Sur Verfassungsfeier.

Vom Oberpräsidium wird uns geschrieben: Laut Erlass der Reichs- und Staatsregierung haben sämtliche Behörden den Verfassungstag (11. August) in feierlicher Form zu begehen. Um in der Stadt Magdeburg eine Einheitsfeier in der Feier herzustellen, hatte der Oberpräsident am 8. August die Leiter der Reichs- und Staatsbehörden zu sich gebeten. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, daß am Vormittag die Leiter der Behörden die Beamtenschaft ihres Bereichs — soweit sie dienstlich abkömmlich ist — zu einer Feier versammeln, in der eine dem Tage entsprechende Ansprache unter Hinweis auf die Bedeutung des Tages stattfinden soll. Weiter wurde eine Feier aller Behörden einschließlich Militär und Polizei unter Beteiligung der Bevölkerung beschlossen, zu der der Magistrat Einladungen ergehen läßt. Die Feier wird am Freitag den 11. August, nachm. 5 1/2 Uhr, im großen Saale des „Hofjägers“ stattfinden. Die Behörden entsenden zu dieser Feier Abordnungen, deren Größe der Stärke der einzelnen Behörden entspricht.

Die Feier wird eingeleitet durch ernste Musik des städtischen Orchesters unter Leitung des Musikdirektors Dr. Kahl, es folgt die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Paul, sodann die Festrede des Oberstudienrats Dr. Weidel und weitere Musikstücke sowie Darbietungen von Gesang- und Turnvereinen. Die Schlußrede hält der Stadtverordnetenvorsteher Baer. Der Magistrat wird an alle politischen Parteien, Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die freien Verbände und die Presse Einladungen ergehen lassen. Der Raumverhältnisse halber werden die Einladungen jedoch nur in beschränktem Maße erfolgen können. Um das Fest vollendet gelingen zu lassen, ist es erforderlich, daß die Geladenen rechtzeitig erscheinen, um während der Darbietungen Störungen zu vermeiden.

Die Gebäude der Behörden legen Flaggenschmuck an und die Bevölkerung wird gebeten, diesem Beispiel Folge zu leisten und die Häuser mit den Fahnen der Reichs- oder Landesfarben zu schmücken.

Platzkonzerte finden in der Zeit von 11 bis 12 Uhr auf dem Domplatz vom Pionier-Bataillon Nr. 4, auf dem Friedensplatz vom Infanterie-Regiment III/12 statt.

Werft Schugdämme auf!

Der Stand des Dollars nahe 800. Sind wir ganz auf der schiefen Ebene? Der Wert der Mark schmilzt dahin, die Preise klettern unheimlich hoch. Was können wir tun? Sollen wir die Hände in den Schoß legen und mit Fatalismus dem Weltzustand der Mark und des Dollars zusehen und auf bessere Zeiten warten? Die außenpolitische Situation treibt allem Anschein nach jetzt rascher einer Lösung entgegen. Nichts ist in den entscheidenden Stunden nötiger als kaltes Blut — kaltes Blut auch bei den Massen. Was sehen wir aber? Die Nervosität und die Gereiztheit nehmen zu. Gewiß ist der Stand des Dollars, gewiß sind die französischen Drohnoten keine Kleinigkeit. Aber es ist auch nicht nötig, daß Alarm geschlagen und eine Panik hervorgerufen wird. Schlamm ist die Lage, aber sie ist nicht viel schlimmer, als sie etwa vor drei Monaten war. Wirklich schlimm wird es erst, wenn das Volk das Gefühl bekommt, daß es den Kadenschlägen der Panik, der Leertung, der Preisanarchie schußlos preisgegeben ist.

Die durch ihre Organisationskraft wirtschaftlich bewaffneten Volksguppen können sich vielleicht noch vor dem Schlimmsten schützen. Aber was soll nun aus den vielen andern werden, die schon jetzt am Hungerloch nagen. Was wird aus den kleinen Rentnern, den Sozialrentnern und allen deren Schichten, in denen bereits heute der Hungerthymus wütet? Wir erleben heute eine vollständige Wertverlorenheit aller volkswirtschaftlichen Geschlechts. Noch einige Wochen, und wir stehen mitten in einer wahren Preisanarchie. Jede Gruppe diktiert und hebt die andre vorwärts. Das geht nicht so weiter. Das Volk muß das Gefühl bekommen, daß wenigstens der Versuch gemacht wird, mit kräftigen Mitteln dem Preiswurm und der hemmungslosen Preissteigerung Einhalt zu tun. Wir haben wohl draußen im Lande Preisprüfungsstellen die Menge. Da und dort taugen sie etwas. Das hängt von lokalen Verhältnissen ab. Ganz allgemein aber brauchen diese Preisprüfungsstellen dem Volke gegenüber mehr Autorität. Diese kann nur geschaffen werden, wenn vom Reich aus feste Normen für das ganze Reich zur Eindämmung des Preiswuchers aufgestellt und rücksichtslos durchgeführt werden. Eine zentrale Preiskommission muß Wandel schaffen.

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Zu Höchstmaß auf die Ueberschreitung der für bestimmte Zeiträume festgesetzten Preisgrenzen. Mit Geldstrafen erreicht man gar nichts. Bei den Nahrungsmitteln muß angefangen werden, weil hier der Wucher geradezu gemeingefährlich ist. Man

darf aber nicht bei den Nahrungsmitteln stehenbleiben, sonst sagt die Landwirtschaft mit Recht, nur ihr allein gegenüber zeige man die starke Faust. Es muß einer gehalten werden wie der andere. Das Volk will Festigkeit und Energie sehen. Ein paar Wochen noch und die neue Ernte ist da. Soll auch in diesem Jahre über den Wucher nur geredet werden? Schugdämme müssen errichtet werden, damit die wilde Flut der Leertung, nicht das Volk verschlingt.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Freitag den 11. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Suisenpark“, Spielgartenstraße 1c

Verfassungsfeier - Versammlung

Redner: Oberbürgermeister Genosse Weims.

Konzertleiter Herr Giffel; Doppelquartett des Magdeburger Arbeiter-Singerchors. Am Flügel Herr Neuling. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 3,00 Mk. erhoben.

Bezirk Budau. Am Donnerstag den 10. August findet ausflug nach dem Rotehornpark. Treffpunkt am Feuerwehrdepot um 2 Uhr. Die Mitgliederversammlung findet wegen der Veranstaltung im „Suisenpark“ erst am Freitag den 18. August statt.

Vollziehung der Betriebs- und Bezirksfunktionäre Donnerstag den 10. August, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Augustaschule (Listemannstraße).

Die Mieter zur gesetzlichen Miete.

Vom Magistrat ist ein Antrag auf 422 1/2 Prozent zur Grundmiete (70 Prozent der Friedensmiete) beim Herrn Regierungspräsidenten als gesetzliche Miete beantragt worden. Dazu kommen 200 Prozent Wohnungsbaubausgabe vom Nutzungswert der Wohnung, so daß also insgesamt rund 800 Prozent Mietssteigerung sich errechnen lassen. Wir haben uns schon kritisch mit dem Antrag des Magistrats auseinandergesetzt. Die Mieter beschließen sich mit dem Magistratsantrag in öffentlichen Versammlungen. Eine Mieterversammlung, die in Lemsdorf tagte, hat beschlossen, folgende Eingabe an den Regierungspräsidenten zu richten:

Die am 4. August d. J. im Saale des „Vollstreunds“ in Lemsdorf tagende stark besuchte Mieterversammlung nahm mit Entrüstung und Bedauern davon Kenntnis, daß der Magistrat — wie durch Tageszeitungen bekannt geworden ist — bezüglich der gesetzlichen Miete einen Antrag von 422 1/2 Prozent zur Grundmiete der Regierung zur Genehmigung in Vorschlag bringen will. Einschließlich der von den städtischen Körperschaften bereits beschlossenen Wohnungsbaubausgabe von 200 Prozent, welche sich höchst wahrscheinlich bald auf 400 Prozent steigert, bedeuten die Beschlüsse des Magistrats eine Gesamtbelastung von über 200 Millionen Mark. Für den einzelnen Haushalt kommt eine Mehrbelastung von 200 bis 3000 Mark in Frage.

Mit Rücksicht auf das steigende Elend in den breitesten Volksschichten, insbesondere der Sozial- und Kapitalrentner, bittet die Versammlung den Herrn Regierungspräsidenten als Aufsichtsorgan, die vom Magistrat beantragten 422 1/2 Prozent nicht zu genehmigen, sondern weiter Verhinderung des Erlasses des Herrn Wohnungsbaubausgabensatzes zu bewirken, da die Hälfte herabzusetzen.

Die Frage der Wohnungsbeschaffung ist eine der wichtigsten unserer Zeit. Ihre Lösung wird mit jedem Tage schwieriger. Bauprogramme und -pläne, die noch vor wenigen Wochen durchdacht und berechnet wurden, sind längst schon wieder über den Haufen geworfen. Die Ausführenden sind äußerst trübe. Wenn hier größtes sittliches und wirtschaftliches Elend verbrodet werden soll, ist sehr viel Opferwilligkeit, Einsicht und Verantwortungsgesühl notwendig.

Auslandschau: Deutsches Siedeln und Wandern.

Sonderausstellung d. Deutsch. Auslandsinstituts Stuttgart a. d. Niama. Soziales Interesse und Verbreitung. Eintritt für Erwachsene 5 Mark, Schüler und Kinder 3 Mark.

— Argentinisches Fleisch. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, sind die Verhandlungen des Handelsvollmachtigen der argentinischen Regierung, Dr. Bartolomeo Daneri, über die Lieferung argentinischen Fleisches nach Deutschland zum vorläufigen Abschluß gekommen und Dr. Daneri ist von Deutschland nach Buenos Aires zurückgereist. Die Schlußverhandlungen sollen in Argentinien stattfinden. Vorläufig ist ein Mindestimport von 100 000 Tonnen lebendem Vieh und 100 000 Tonnen Gefrierfleisch, das auf deutschen Schiffen verpackt werden soll, in Aussicht genommen. (Eine Tonne hat 20 Zentner.) Wie das Blatt schreibt, wird es möglich sein, das argentinische Fleisch um ein Drittel billiger als das deutsche zu liefern. — Das Fleisch aus Argentinien wird um ein Drittel billiger sein als das deutsche — trotz des kostspieligen Transports und der Pflegekosten! Auch hier zeigt sich die Versorgung der deutschen Bevölkerung durch die deutsche Landwirtschaft in ihrem Glanze.

— Parteifunktionäre. Am Donnerstag den 10. August, abends 7 1/2 Uhr, findet für die Betriebs- und Bezirksfunktionäre der Partei eine sehr wichtige Sitzung in der Aula der Augustaschule statt. Es sollen dort außerst wichtige Angelegenheiten besprochen werden, darum feste keine.

— Verfassungsfeier der Partei. Die Verfassungsfeier am Freitag dieser Woche sind Kundgebungen für die Republik. Als solche müssen sie gewertet und angesehen werden. Die sozialdemokratische Partei muß deshalb in großer Zahl die Feiern besuchen. Die sozialdemokratische Partei findet am Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im „Suisenpark“, Spielgartenstraße, statt. Die Feiern sind für die Parteimitglieder Genosse Weims. Die Rede wird umrahmt von Vorträgen und Rezitationen. Parteigenossen und -genossinnen, erscheint in eurer Feiern!

— Die Schulkinder feiern den Verfassungstag. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ sollen am Verfassungstag, Freitag den 11. August, sämtliche Schulen, deren Ferien schon beendet sind, geschlossen werden.

— Ein Ei 7,90. Auf dem Wochenmarkt am Mittwoch waren die Zufuhren sehr reichlich. An erster Stelle standen dabei Bohnen und Gurken. Auch an Kartoffeln war kein Mangel, trotzdem forderte man für das Pfund 3,80 bis 4,20 Mark und für Nierenkartoffeln sogar 5 Mark. Das Pfund Mohrrüben bezahlte man mit 4 Mark, die Zwiebeln mit 10 Mark. Grüne Bohnen konnten mit 5 bis 8 Mark für das Pfund gekauft werden. Zu demselben Preise gab es auch Bäckbohnen. Eier waren nur spärlich angeboten und kosteten das Stück 7,90 Mark. Endlich ist der Preis nun so hoch, daß keine Arbeiterfrau mehr Eier kaufen kann. Außerordentlich gering waren auch die Buttervorräte, auf die sich die Käufer mit einem Eifer hängten, als gelte es für einen Krieg einzudecken. Der Preis war 130 bis 140 Mark für 1 Pfund. Einzelne auswärtige Händler erklärten, daß sie es gar nicht nötig hätten, die Butter in die Stadt zu bringen, die Verbraucher kämen ja zu ihnen aufs Land hinaus und zahlten jeden Preis. Man reißt also den ländlichen Händlern die Ware förmlich aus der Hand, zahlt jeden Preis dafür und zehrt über Preisstreiber, die man selbst mit fördert.

— Schulpolitische und pädagogische Woche. Der Preussische Lehrerbund hat beantragt, in der Zeit vom 27. August bis 2. September in Magdeburg eine schulpolitische und pädagogische Woche, die am Sonntag den 27. August mit einem Vortrag von Dr. Kuhnert (Worm) „Kultur und Erziehung“ eröffnet werden soll. Es haben weiterhin nachfolgende Referenten die folgenden Vorträge zugesagt: Minister a. D. Sehfert (München): Lehrerbildung. Geh. Regierungsrat Dr. Karstädt: Schulorganisationsfragen, Schulrat Göbe (Gumburg): Schulverwaltung und Schulreform, Univ.-Prof. Dr. Deustschlein (München): Einheitschule und Fremdsprache, Oberstudienrat Dr. Gaudig (Weipzig): Kulturgeschichte, Frau Dr. Gertrud Baumert (Berlin): Die Mädchenbildung in der Neuordnung des deutschen Schulwesens, Dr. Richter (Leipzig): Die geistigen Strömungen der Gegenwart und die Erziehungsarbeit, Prof. J. A. J. (Marburg): Neue Wege der Jugendpsychologie, Seminaroberlehrer Scheibner (Leipzig): Arbeitsorgane als unterrichtswissenschaftlicher Grundbegriff, Schulrat Eberhard (Greiz): Evangelischer Religionsunterricht in der Einheitschule, Studienrat Henler (Ohrdruf): Rechnen in der Einheitschule; Geh.heimer Regierungsrat Dr. Karstädt (Berlin): Katholischer Sprachunterricht als Grundvorsetzung in der Einheitschule, Lehrer Bogas (Berlin): Die Einheitschule und die Realien, Studienrat Sieler (Leipzig): Geist und Arbeitsweise des Lehramts, Lehrer Heynang (Gotha, Unterfranken): Die Arbeitsorgane in der Einheitschule. Unter diesen Vorträgen ist noch eine Anzahl von Nebenveranstaltungen geplant. Weitere Anstände erteilt Lehrer Köhler, Kappelshoe 10.

— In Vertauung genommen. Aus dem Kriminalpolizei zwei Fahrräder deren Verkauf bzw. Eigentum noch nicht festgestellt waren: 1. Marke unbekannt, Rahmen aus Felgen schwarz, Sattel und Lichte braun, hochgebogene Lenkhaube, Hinterrad Gebirgsreifen Dunlop-Magnus. Vorderad Hinterrad-Bereifung mit etwa 10 Zentimeter langer Fichtelle, eine Pedale mit, die andre ohne Gummi; 2. Rahmen und Felgen schwarz, Sattel braun, entwei, schwarze Schugbleche, hochgebogene Lenkhaube, am rechten Pedal fehlen die äußeren Teile, bei dem linken der Gummi unbekannt. Die Nummern sind an beiden Rädern entfernt. Die Räder stehen zur Verächtigung für etwa Beschlüsse vormittags von 7 bis 8 1/2 Uhr im Polizeipräsidium, Zimmer 280.

— Den fahrlässigen Umgang mit Fahrrädern beweist die Tatsache, daß am 7. und 8. d. M. hier nicht weniger als 23 Stück gestohlen wurden. Die Kriminalpolizei warnt Radfahrer dringend vor dem Ausstellen unbewachter Fahrräder auf Straßen, in Hausfluren und auf Treppen und bittet ferner um Fingerzeige, die vertraut behandelt werden, darüber, wo zweifelhafter Handel oder Verkehr mit Fahrrädern stattfindet.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Alle Radfahrer ist und West: Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr Ottenbergstraße Abordnung der Kartenerkäufer. 7 Uhr Probe zu den Schattenspielen. Alle müssen kommen.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadttheater. Donnerstag (außer Auroch) Madame Butterfly. (Wegen Erkrankung von Frau von Sedwitzer kann „Orpheus“ in der Interwelt nicht aufgeführt werden. Es mußte deshalb vorstehende Änderung vorgenommen werden, welche im Interweltteil unberücksichtigt bleiben mußte). — Freitag (außer Auroch): einmaliges Gastspiel des Kammerjägers Karl Horn. Retrospektive Opera Neuport; Liba. (Anfang 7 Uhr). — Sonnabend (außer Auroch): Orpheus in der Interwelt. Victoria-Theater. Donnerstag (Vorstellung, veranstaltet von der Gesellschaft für Theater und Kunst): Waldreins Lager; hierauf: Die Piccolomini (Anfang 7 Uhr). — Freitag (Vorstellung, veranstaltet von der Gesellschaft für Theater und Kunst): Waldreins Tod. (Anfang 7 Uhr). — Sonnabend: Vulkan. — Sonntag: Nil. — (Vorverkauf im Bureau des Verkehrsvereins.)

Peter Rarn.

Von Ernst von Holzogen.

(16. Fortsetzung.)

Kochbrud verboten.

„Sehr bequem!“ warf Bjodor Timofejewitsch geringschäßig hin. „Kann man auch nicht immer sagen,“ wehrte sich Peter. Freude und Lebenslust bei andern stärken, wenn man selber vor Sorgen, Kummer und Himmelang nicht aus und ein weiß — das ist auch keine Kleinigkeit. — Hebrigens, Sie treiben es doch gerade so. Sie haben es sich zum Beruf gemacht, die Menschen zum Lachen zu bringen, indem Sie sich dumme stellen — und dabei sind Sie ein lobenswerter Weltverbesserer, der von Selbstopferung träumt. Wie reimt sich das zusammen? — Sagen Sie, das interessiert mich kolossal: Wie sind Sie, der Sie doch offenbar ein gebildeter Mensch, ein Philosoph sogar sind, auf diesen Beruf verfallen?“

Statt zu antworten, sah sich Bjodor Timofejewitsch nach dem Kellner um und winkte ihn heran. Er fragte nach der Schuldbüchlein und bestand darauf, auch Peters Bege mitzubegleiten, wie sehr der sich auch dagegen sträubte. Der Mond schien hell auf die tief verschattete einsame Straße, als sie aus der Wirtschaft heraustraten. Es war bitter kalt und Peter hatte es noch zu keinem Besitze gebracht. Er schlug den Stragen seines alten Mantels hoch und verfenkte die Hände in die Taschen.

Sein seltsamer Begleiter hüllte sich in Schweigen. Langsam und bedächtig schritt er daher, so daß Peter, der sich lieber

in Trab gesetzt hätte, um sich warm zu machen, ihn ungeduldig unter dem Arme packte und mit sich fortzog. Die Reugier ließ ihm keine Ruhe und so plakte er schließlich heraus: „Wir können Sie es doch ruhig sagen; Sie sind nihilist, nicht wahr?“

„Das sind Worte. Lassen Sie das,“ brummte der Clown mürrisch. Erst nach einer Weile begann er von selber wieder zu sprechen: „Sie haben mir gesagt, Sie sind sechs Monate in Russland; so werden Sie vielleicht begreifen, wenn ich Ihnen sage: ich bin Jude. Ich habe gehungert, aber das Geld verdirbt nicht aus. Sie haben mir mein Vater bei Pogrom erschlagen, Mütterchen starb vor Gram, mich haben sie auf Liste von Verdächtigen gesetzt. Schwester wollte auch studieren in Petteburg; durfte nicht hinein, weil in andern Gouvernement zu Hause. Hat sie gelbe Karte genommen. Wissen Sie, was das ist?“

Peter wußte es; die gelbe Karte war die polizeiliche Legitimation für die Prostituierten — und unwillkürlich entfuhr ihm der Schredensruf: „Sieber Himmel, nein, das ist ja entsetzlich!“

Bjodor Timofejewitsch lachte kurz und bitter auf. „Das ist Russland — nebenbei! Warum soll ich mich von Schwester beschämen lassen? Dumme August ist für Mann beinahe, wie gelbe Karte für Frau. Wir kommen dadurch beide zu unser Ziel, verstehen Sie?“

Tief erschüttert preßte Peter den Arm des Clowns an sich. „Ja, ich verstehe. — Wie können Sie dieses Leben nur aushalten?“

Schuldlos hob die Schultern: „Nichts! Ich sage nichts mehr. Ich habe schon viel zubielt gesagt. Wenn Sie jetzt zu Kommisar gehen und mich angeben, bekommen Sie gute Belohnung.“

Bornig stampfte Peter mit dem Fuß auf und zog seinen Arm heftig unter den des Clowns hervor. „Warum müssen Sie mich immer beleidigen mit Ihrem verdamnten Nihilismus? Warum haben Sie mir überhaupt so viel gesagt, wenn Sie nicht besser von mir denken?“

Da streifte ihn der Unglückliche mit einem traurigen Blick und erwiderte leidend: „Weiß ich nicht. Kennen Sie an, daß ich vielleicht doch nur ein dumme August bin. Ihr Gesicht hat mir gefallen, Sie sehen so herzlich aus und Sie haben gesagt, daß Sie fort sind von Deutschland, weil Ihnen dort ist zu heiß geworden; hab ich geglaubt.“

„Ja, aber nur aus blödsinniger Verliebtheit ist mir zu heiß geworden.“ lachte der gutmütige Peter schon wieder verjährt. „Ich möchte einige tausend Mark zwischen mich und Sie legen, verstehen Sie?“

Schuldlos nickte nur. Schweigend wanderten die beiden durch die Nacht weiter, bis sie vor Peters Vorstadthaus stehen. Da ergriß der dumme August seine Hand und sagte mit zitternder Wärme im Ton: „Ich danke Ihnen für diesen Abend, Kapellmeister. Wir werden uns nie verheßen, wir beide. Aber bleiben Sie nur treu zu Ihr Werk; machen Sie den Menschen Freude — sie haben so wenig davon! Freude machen ist auch Weltanschauung. Es war mir großes Vergnügen, ein Mensch wie Sie kennenzulernen. Sagen Sie nichts zu den andern von mir. Schlafen Sie wohl!“ Dabei drückte er Peters Rechte wie in einer eisernen Mrammer, so daß der starke Durche vor Schmerz hätte aufschreien mögen. Im nächsten Augenblick war er von der Erde verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Landbund und Landgemeindevorband.

Montatslang wehrt der Landbund in allen Konarzen gegen die Getreidemalage; er verlangt jetzt erstens, daß die Getreidemalage nie wiederholt, zweitens, daß die Preise sofort restituiert werden.

Aber der Landbund ist unerfährlich, er möchte auch mit Kali und Stickstoff handeln. Er will am liebsten den ganzen Handel ausführen und alles in eigener Regie betreiben.

Nicht ist der Landbund noch auf ein anderes Mittel verfallen, um seinen Einfluß zu vergrößern. Er hat einen eignen „Provinzialverband“ gegründet. Der bekannte Hauptgeschäftsführer des Landbundes, Dr. Burckhardt, hat diese Organisation zu Wege gebracht.

Wir machen die Behörden auf diese deutschnationale Gründung eines Landgemeindevorbandes aufmerksam. Vor allen Dingen aber warnen wir unsere Parteigenossen, die in den Gemeindevorstellungen sitzen oder Gemeindevorsteher sind, dringend vor dieser Organisation ganz besonders deshalb, damit nicht etwa aus dem Gemeindevorstand für die deutschnationale Partei durch diesen Landgemeindevorband Beiträge, die die Allgemeinheit aufbringt, geleistet werden.

Parteiachrichten.

Oberrheinl. Sozialdemokratischer Verein. Am Freitag abend 8 1/2 Uhr Versammlung beim Gastwirt Gendel (Felsenstraße 139).

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Verfassungskonferenz.

Besprechungen aus Anlaß der Verfassungskonferenz finden statt am Donnerstag den 10. August, abends 7 1/2 Uhr, in Dornsdorf, Referat: Genosse Bernid.

Freitag den 11. August, abends 7 1/2 Uhr, in Elben, Referat: Genosse Reihhorn. Oberstadt, Referat: Genosse Herwig. Gröden, Referat: Genosse Bernid.

Sonnabend den 12. August, abends 7 1/2 Uhr, in Wülfringen, Referat: Genosse Reihhorn. Sommerhäuser, Referat: Genosse Bernid.

Sonntag den 13. August, nachmittags 3 Uhr, in Bornstedt, Referat: Genosse Bernid.

Sonntag den 13. August, abends 7 1/2 Uhr, in Hamradorf, Referat: Genosse Bernid.

Die Republikaner sollten es für ihre Pflicht halten, die Besprechungen zu besuchen. Auch die Genossen und Freunde aus den umliegenden Orten müssen an den Besprechungen teilnehmen.

ParteiSekretariat.

Elbsehen, 9. August. (Ein Sprechtag) für Rat und Aufsichtsratsmitglieder findet am Donnerstag den 10. August von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr im Gemeindevorstand statt.

Groß-Nutmersleben, 9. August. (Endlich wieder ein Parteiverband!) Der Arbeiterpartei der Arbeiter hatte in letzterem Orte alle Organisationskräfte der Arbeiterpartei vereinigt.

Die gewerkschaftlichen Einträge können bei Gleichmilde, befreit kann es schließlich nur werden, wenn es gelingt, durch die politische Betätigung jedes einzelnen die Kapitalisten zu bekämpfen und die arbeitende Bevölkerung von den Krisenperioden zu befreien.

Diebstahl, 9. August. (Diebstahlsumme Eisenbahnverwaltung.) Seit und infolge des Krieges sind Eisenbahnverwaltungen fast ausschließlich in die Hände der Kapitalisten übergegangen.

Arbeiterbildungsanstalt, 9. August. (Die Arbeiterbildung) wird in diesem Jahre bereits zum zweitenmal eine große Erweiterung erfahren. Die Arbeiterbildungsanstalt wird in diesem Jahre zum erstenmal eine große Erweiterung erfahren.

80 Nr. 80, 70 und 60 Nr. — Im Wasserwerk wird am Hochbehälter eine Reparatur vorgenommen, die ungefähr 8 Tage in Anspruch nehmen wird.

Kreis Wanzleben.

Diesdorf, 9. August. (Nationalfeier.) Die Gemeinde veranlaßt am 11. August im Rüstigen Lokal eine Nationalfeier. Die Begrüßungsrede wird der Gemeindevorsteher Genosse Braune und die Festrede der Kreisrat Genosse Ferl halten.

Mittenweidungen, 9. August. (Volkshochschule.) Am Freitag, abends 8 Uhr, dem Verfassungstag, hält Genosse Holle (Magdeburg) einen Vortrag über „Die Reichsverfassung und ihre Bedeutung“.

Seehausen, 9. August. (Öffentliche Versammlung.) Vor 2 Jahren wurde dem deutschen Volke die republikanische Verfassung gegeben. Am Verfassungstag, Freitag den 11. August, abends 8 Uhr, spricht Parteisekretär Genosse Schumacher im „Hörsaalgarten“ über das Thema „Für die Republik — gegen die Reaktion“.

Lützen, 9. August. (Eine Verfassungskonferenz) hält der Sozialdemokratische Verein am Freitag abend 8 Uhr ab. Die Versammlung ist öffentlich. Alle Republikaner müssen daran teilnehmen.

Dauerkarten zur Wiana!

Stammkarten 265.00 Mk. einschließlich einjähriger Fahrtkarte. 165.00 Mk. Schüler- und Kinderkarten 90.00 Mk. Billigsteuern.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 9. August. (Ein Kundgebung) Ueber dieses Thema sprach Oberpräsident Genosse Höring in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Kreis Salze.

Biere, 9. August. (Ein wissenschaftlicher Verein) ist unter Leitung aller Richtungen der Arbeiter gegründet worden. Er hat den Zweck, Bildung und Wissen zu vermitteln.

Schwabed, 9. August. (Die Einführung des Gefrierfleischs) durch den Magistrat in der vergangenen Woche ging gut vonstatten. Das Fleisch fand reißenden Absatz bei den Fleischhauern.

Unterbezirk Staßfurt-Magdeleben.

Magdeleben, 9. August. (Das Gewerkschaftsrecht) am Sonntag und Montag verließ in unpopulärer Weise. Am Sonntagabend war in den drei größten Sälen Abschlusssitzung.

Satz.

Magdeleben, 9. August. (Ein republikanischer Dienst) der Oberbürgermeister hat sich entschieden, daß der Oberbürgermeister Magdeleben ein solches Verhalten gegen die Republik, die im Begriff ist, an den Tag zu kommen.

der Oberbürgermeister Magdeleben, indem er einem Beamten, der bei ihm als seinem Dienstverwalter, wegen Zuteilung von Postämtern antrug, händigt erklärte, er möge sich wegen der Nichtberücksichtigung doch bei Frau Ebert beschweren.

Kleine Chronik.

Das Verhör des Raubmörders Blume. Die Vernehmungen des dreifachen Mörder Wilhelm Blume, der im Friedrichstädter Krankenhaus in Dresden an einer schweren Rückenverletzung darniederliegt, sind jetzt abgeschlossen.

Schiffszusammenstoß auf der Elbe. In der Nacht zum Montag ereignete sich bei Odjenswärd bei Hamburg eine folgenschwere Schiffskollision. Der Dampfer „Germania“ ramnte die Barkasse „Erla“, die sofort kenterte und sank.

Meuterei im Brandenburger Zuchthaus. Im Zuchthaus meuterten acht Zuchthäuser, die die Aufsicht übertrugten und mehrlos machten. Die Meuterei konnten das Zuchthaus verlassen, wurden aber sofort verfolgt.

100 000 Fremde in Wiesbaden. Unter dem hohen Stande des Dollars ist der Fremdenzufluß so stark, wie noch niemals zur besten Zeit der Hauptstadt.

42 Millionen Kronen gefohlen. Aus Seiden wird gemeldet: In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde in das Kaiserhof der Werksfassung der Alpen Montanogewerkschaft in Gengen eingebrochen. Die Käter öffneten die Tür mittels eines Nachschlüssel, erbrachen die Werkheim-Kasse mit Schweißapparaten und entwendeten aus derselben 42 Millionen Kronen Bargeld.

Bereins-Kalender.

Wied nur gegen Vorauszahlung, die Seite 4.00 Mark, aufgenommen. Buchdecker, am Donnerstag den 10. August, abends 7 Uhr, Versammlung in der Aula der 1. Bürger-Schule, Große Schützstraße 1, Eingang Dreieckstraße (nicht Augustaschule, Eistemannstraße).

Städtischer Schlacht- und Viehhof.

Magdeburg, 8. August. Auf dem hiesigen städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben: 547 Rinder, und zwar 90 Ochsen, 94 Bullen, 363 Färsen und Kühe, 85 Ferkel, 476 Kälber, 402 Schafböckchen, 1200 Schweine.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Ort, Stand, Abfall, and Abzug. Rows include: Dübau, Gochs, Großh, Serzungen, Salze Oberpegel, Salze Unterpegel, Gröden, Havel, Brandenburg, Oberpegel, Brandenburg, Unterpegel, Rathenow, Oberpegel, Rathenow, Unterpegel, Savelberg.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 12. August. Ziemlich heiter, vorwiegend trocken, mäßig warm.

Albin Gerisch.

Albin Gerisch ist tot. Er war einer von den Alten aus der Sturm- und Drangperiode der Sozialdemokratie. Mit dem alten Altinghausen im „Toll“ durfte er sich sagen: „Unter der Erde schon liegt meine Zeit!“ Das andre Wort Altinghausens: „Wohl dem, der mit der neuen nicht mehr braucht zu leben!“ war nichts für Albin Gerisch. Bis zuletzt harzte er aus. Nach vor wenigen Tagen war er auf dem Bureau des Parteivorstandes, nun ist er dahin.

Was? Nur der sterbliche Rest, nicht das leuchtende Beispiel von Pflichterfüllung und Opfermut. Wer nicht viel von Albin Gerisch weiß, der hat doch wohl manchmal da und dort seinen Namen gelesen. Warum? Weil Gerisch es war, der so manches Parteiunternehmen, so manches Parteiblatt schuf und finanzierte.

Als Metallarbeiter fing er an, für die Partei zu arbeiten und zu kämpfen. Zur Zeit der Verfolgungen als Reichstagsabgeordneter seiner sächsischen Heimat Plauen, von 1894 bis 98 und später wieder von 1903 bis 1906 kämpfte er mit beim parlamentarischen Aufstieg der Partei. Sechszwanzig Jahre lang sorgte, rechnete er, mühte er sich ab in der Parteileitung, und an seinem Lebensabend stand er den Genossen in der Treptower Gemeindeverwaltung mit Rat und Tat bei.

Aber Albin Gerisch war uns mehr als ein tüchtiger Abgeordneter und pflichtbewußter Parteibeamter. Aus dem Erzgebirge, wo er am 14. März 1857 in Rautentrang geboren wurde, kommend, war es für ihn, wenn er zur Feder griff, natürlich und naheliegend, daß er seine Erzählungen und Geschichten in seiner Heimat spielen ließ. Wie oft erfreuten uns nicht seine literarischen Arbeiten „Der Gotteslästerer“, „Maria und Joseph“ und andre in der „Neuen Welt“! Und die Lektüre seiner Erzählungen war uns mehr als ein bloßer Zeitvertreib. Tausenden von Genossen sprach Albin Gerisch aus der Seele, denn Tausende hatten ja unter dem gleichen Fluche der Armut und Unwissenheit gelitten. Aus Albin Gerischs Erzählungen sprach der Geist der Alten, der Geist der Weibel, Bollmar, der so vielen erst die Kraft gab zum Entzagen jener unzähligen stillen Kragböden, aus welchen die Sozialdemokratie so riesengroß hervorspross.

Nun ruht er aus von Kämpfen und Leiden. Wir wollen ihn nicht vergessen.

Gegen die Verheerung der Jugend.

Der preussische Kultusminister Baerling wendet sich in einem Erlaß an die Provinzialschuldkollegien und die Regierungen gegen die Verheerung der Jugend. In ihm wird einleitend unter Hinweis auf die letzten Ereignisse die Notwendigkeit betont, die Jugend zu lebendiger Staatsgeföhrung, zu einem Staatsideal zu erziehen, in dem Volksgesüß und Staatsgeföhr sich durchdringen. Dieser Staat muß in dem Gewissen und dem Pflichtbewußtsein der Jugend gegründet sein, wenn er nicht in seinem Bestand bedroht sein soll. Die staatsbürgerliche Erziehung, diese wichtigste Aufgabe der deutschen Schule, macht es erforderlich, daß von den Schöhrerinnen und Schöhrern alles ferngehalten wird, was geeignet wäre, sie in ihrer Staatsgeföhrung zu verwirren oder sie gegen den Staat zu beeinflussen, dem sie einmal mit Hingebung dienen sollen. Der Minister weist dann auf die „planvollen Verheerungen Jugendlicher gegen Staat und Staatsform“ hin und bedauert, daß eine Reihe von Jugendverbänden und Schöhrervereinen dem Erziehungswillen des Staates entgegenarbeiten. Der Minister verbietet daher den Schöhrern und Schöhrerinnen der ihm unterstellten Schulen Vereinigungen anzugehöhren oder an ihren Veranstaltungen teilzunehmen, die sich gegen die geltende Staatsform wenden. Dasselbe gilt von Vereinen, welche die verfassungsmäßigen Grundrechte mißachten, Glieder der deutschen Volksgemeinschaft ihrer Zukunft, ihres Glaubens und ihres Bekenntnisses wegen bedrohen.

Die Provinzialschuldkollegien und Regierungen werden beauftragt, schleunigst für die Durchführung dieses Verbotes zu sorgen, das sich ohne weiteres auf diejenigen Vereine bezieht, die von der Reichs- oder Landesregierung oder ihren Organen allgemein verboten sind.

Wir erwarten, daß es nicht nur bei diesem Erlaß bleibt, sondern daß auch vom Kultusministerium mit aller Energie gegen die Schulmänner vorgegangen wird, die es an der nötigen Energie zur Durchführung dieses Verbotes fehlen lassen.

Republikanische Filme.

Der Streit um den „Fridericus-Reg“-Film kommt nicht zur Ruhe. Die Regierung von Schaumburg-Lippe, die wie so manche andre Landesregierung gegen die Aufföhrung dieses Filmes ist, stüßt ihr Verbot auf die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schöhr der Republik. Der Streit wird also vor den Staatsgerichtshof kommen.

Wir halten im politischen Kampfe die positiven Methoden für wirkungsvoller als die negativen. Auf einen Scheim anderthalb! Wo sind die Filme der Republikaner? Kann man die fridericianische Kultur nicht auch mit den Augen Leistungs ansehen, der von dieser „Kultur“ nichts weniger als erbaut war? Es würde auch schon genügen, ein paar Kulturbilder von Godeo-wieck in eine Filmbilderfolge aufzulösen. Man könnte da die entseßlichsten Soldatenmißhandlungen, Spießerlaufen und das Auspeitschen von armen Teufeln beobachten.

Aber das Geld, das zur Herstellung eines Filmes notwendig ist, haben die Reaktionen und nicht die Republikaner, die ja in der Hauptsache nur aus Arbeitern bestehen. Also bleibt nichts übrig zur Abwehr als das negative Mittel des Verbotes. Baden, Thüringen und Lippe wollen den Film zur Propaganda für den Monarchismus nicht sehen. Ihre Beschwerden sind noch unterwegs. Die Filmoberprüfungsstelle in Berlin sagt zu den Beschwerden: wo keine Skrawalle zu befürchten sind, kann der Film gespielt werden, wo Skrawalle zu befürchten sind, soll die Polizei nach dem Rechten sehen. Der Film sei viele hundertmal in Deutschland gespielt worden ohne Skrawalle, also sei eigentlich nichts gegen ihn zu sagen.

Wir sind überzeugt, daß der Film in Bayern, in München, ohne Skrawall gespielt werden kann. Allein man darf nicht übersehen, daß der Film auch in Berlin, auch im Berliner Westen viel böses Blut gemacht hat. Der Groll, der nach ihnen geht und sich nicht rasch Luft macht, ist noch viel gefährlicher als übergehende Skrawalle. Er verstärkt die Spannung und die spätere Explosion.

Notizen.

Änderung der Reichstagswahlkreise. Dem Reichstot ist eine Novelle zum Reichswahlgesetz zugegangen, die sich darauf beschränkt, einige Vorschriften wahltechnischer Art abzuändern. Insbesondere sollen einige über große Wahlkreise im Einverständnis mit den beteiligten Ländern so verkleinert werden, daß auf jeden durchschnittlich 1,5 Millionen Einwohner treffen. Eine Ausnahme bildet nur Groß-Berlin, das mit 3 803 770 Einwohnern den zweiten Wahlkreis bilden wird. Die nach der Wegnahme der früheren Berliner Vororte übrigbleibenden Teile der früheren Wahlkreise „Potsdam 1“ und „Potsdam 2“ werden zu einem Wahlkreis „Potsdam“ zusammengefaßt, der mit dem unterändert bleibenden Wahlkreis Frankfurt a. d. O. den Wahlkreisverband Brandenburg bildet. Der deutsch bleibende Teil Oberschlesiens bildet einen eignen Wahlkreis, der mit den nieder-schlesischen Wahlkreisen einen Wahlkreisverband Schlesiens bildet. Sachsen ist in Zukunft in die drei mit den gleichnamigen Kreis-Hauptmannschaften zusammenfallenden Wahlkreise Dresden-Bautzen, Leipzig und Chemnitz-Zwickau geteilt, die zusammen den Wahlkreisverband Sachsen bilden.

Demokraten und Verfassungstag. Die Parteileitung der Deutschen demokratischen Partei erläßt zum 11. August einen Aufruf, in dem es heißt: „In der Weimarer Verfassung ehren wir das eigne Werk des deutschen Bürgers, an dem jeder mitgeholfen hat. Demütigen Hauptes stehen wir vor den guten, dauernden Leistungen der Vergangenheit, das Herz voll von dem Glauben an eine neue deutsche Zukunft. Wir ehren unsere Väter, indem wir die Aufgaben der neuen, demokratischen Zeit erfüllen!“

Beitrag der Reichstagsfraktion. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird mitgeteilt: Aus den Beiträgen der Mitglieder der Reichstagsfraktion wurden dem Parteivorstand 100 000 Mark überwiesen.

Auflösung des Sächsischen Landtags. Der Sächsische Landtag wird am 23. August zu einer Sitzung zusammentreten, um über die Auflösung des Landtags zu beraten.

Eine Gedenktafel für die Nationalversammlung. Zur Erinnerung an die Tagung der verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar soll am Freitag den 11. August im Deutschen Nationaltheater in Weimar eine Gedenktafel enthüllt werden.

Heißer Wobben. Der zum Regierungspräsidenten in Stettin in Aussicht genommene Oberregierungsrat Bogitz in Magdeburg, ein Volksparteiler, hat die Annahme des ihm angetragenen Amtes abgelehnt. Zu der Ablehnung dürfte nach dem „Berliner Tageblatt“ beigetragen haben, daß es bei den Verhältnissen in Kommen für einen Volksparteiler nicht leicht ist, mit den ganz rechts gerichteten Selbstverwaltungskörperschaften zusammenzuarbeiten.

Ein preussisches Beamtengesetz. Laut „Völkischer Zeitung“ liegen Teile des Entwurfs eines allgemeinen preussischen Beamtengesetzes, das von dem Staatskommissar für Vorbereitung der Verwaltungsreform, Dr. Drews, ausgearbeitet wird, dem preussischen Staatsministerium bereits vor. Es handelt sich hierbei namentlich um die Disziplinarrechte. Mit den Spitzenorganisationen der Beamten findet am 22. und 23. September eine Vorbesprechung über das Beamtengesetz statt.

Der blanke Schild. Wie die Mäpfer mitteilen, hat der Reichswehrminister jetzt dem Reichsheer offiziell von der Erklärung Kenntnis gegeben, die er im Reichstag über die Vorgänge bei der Hindenburgfeier in Königsberg hat abgeben lassen und ferner von dem Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er um Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses für die Reichswehr bittet. Der Reichswehrminister erklärt in dem betreffenden Erlaß an das Reichsheer: „Ich lege Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß mir eine derartige Untersuchung als der beste Weg erscheint, um die systematische Propaganda gegen das Heer in aller Deffenlichkeit aufzuklären. Der Schild der Reichswehr ist blank. Wo Fehler vorgekommen sind, werden sie abgestellt. Wir haben es nicht nötig, uns beschämen zu lassen und brauchen keine Untersuchung zu scheuen.“ Man alio, wenn Fehler es sagt, dann muß das stimmen, und wir sind auch fest davon überzeugt, wenn er noch lange Reichswehrminister ist, dann wird auch der letzte republikanische Fleden vom Schild der Reichswehr getilgt sein.

Die unüberbrückbare Kluft. Der sozialdemokratische Pfarrer Eberlein in Stettin nahm einen Vorschlag des evangelischen Konsistoriums an, bis Jahresende erlaubt zu werden und dann aus dem Kirchendienst zu scheiden, der Oberkirchenrat lehnte aber diesen Vorschlag ab. Er wollte ein Disziplinarverfahren gegen Eberlein auf Dienstentlassung durchzuführen. Unter diesen Umständen hat Eberlein nach 11-jähriger Pfarrertätigkeit auf Veruf und Titel als Pfarrer verzichtet, weil nach seiner Auffassung die Kluft zwischen den Idealen der Kirche und seiner Weltanschauung unüberbrückbar groß geworden ist. Bei der Abschiedsfeier in der Gemeinde dankte der andre in der gleichen Gemeinde wirkende sozialdemokratische Geistliche Pastor Buchholz dem Pastor Eberlein noch einmal für sein selbstloses Wirken im Dienste der Gemeinde. Dann wurde mitgeteilt, daß die Mitglieder des Gemeindekirchenrats, die Anhänger der Pastoren Buchholz und Eberlein sind, ebenfalls ihre Ämter niedergelegt haben.

Aus dem Zuchthaus entlassen. Einer der Führer beim mitteldeutschen Aufstand, der Führer der Rennauer-Kommunisten, Uzelmann-Kempin, ist aus dem Zuchthaus entlassen worden. Kempin war zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt, seine Freilassung erfolgte auf Grund des vom Reichstag beschlossenen Amnestiegesetzes. Die „Kote Fahne“ begrüßt Kempin als einen „der tapfersten revolutionären Kämpfer in Mitteldeutschland“. Wir erinnern uns aber, daß die gleiche „Kote Fahne“ den Uzelmann-Kempin als einen Spießer bezeichnete, als seine Rolle bekannt wurde. Was ist nun richtig? Nebenbei bemerkt, die Freilassung des Kempin scheint uns doch zu beweisen, daß das Amnestiegesetz doch etwas anderes als „eine Verhöhnung der Arbeiterschaft“ ist, wie das die „Kote Fahne“ behauptet.

Wieder ein Waffenlager gefunden. In den Kajematen der alten Festung Keiße ist ein größeres Lager von Kriegsmaterial entdeckt worden. Gefunden wurden: 543 Gewehre und Karabiner, 6 leichte und 8 schwere Maschinengewehre, außerdem große Mengen von Munition. Es ist anzunehmen, daß der größte Teil dieser Bestände von dem sogenannten wilden Selbstschutz, der während der Unruhen in Oberschlesien eine Rolle spielte, versteckt worden ist, um zu gegebener Zeit wieder hervorgeholt zu werden.

Neue Rettungsmittel. Das Städtchen Kottbus von Breslau hat ein neues Mittel, „Voll und Vaterland“ auf sechs Monate. Das Mittel hat in einem Mittel „Unter die Haut“ den früheren bolschewistischen Minister Kaiser beschönigt. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen Hering hat die „Mitteldeutsche Presse“ und das „Staatsbürgerliche Tageblatt“ auf 10 Tage verboten. Die beiden Blätter brachten einen Artikel über den Mord an Rathenau, dem sie das Verbrechen ausdrücklich billigten.

Keine Rettungsmittel mehr. Der amtliche preussische Pressebericht teilt mit, daß in Zukunft keine Rettungsmittel mehr ausgeben werden sollen, sondern eine Anerkennung in Form einer Dankurkunde in den Händen abgegeben wird, die später für die Rettungsmittel in Frage kommen.

Die fünfhundertmark Reichsbanknoten. deren Erscheinen im „Reichsanzeiger“ für die nächste Zeit angekündigt wurde, sind schon seit einigen Tagen in den Verkehr gelangt. Die nur einseitig bedruckten Banknoten, die in Buchdruck auf Papierpapier mit Wasserzeichen hergestellt sind, haben schiedlichiges Format.

Frankreich will selbst richten. Da die Franzosen nicht mehr an eine deutsche Rechtsprechung glauben, überwiegt die französische Regierung alle von Frankreich angebotenen Kriegsschlichtungsprozesse den Kriegsgerichten in Chalons-sur-Marne und Nancy. Das Kriegsgericht in Nancy wird sich auch mit einer Anklage gegen den früheren Kronprinzen von Bayern beschäftigen.

Depeschen.

Fliegt die Londoner Konferenz auf?

Ab. London, 9. August. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Konferenz heute beendet wird. Großbritannien und Italien widersprechen sich den Poincarés Plänen. Die britische Auffassung ist, daß sie von Grund auf schlecht sind.

Ab. Paris, 9. August. Der Sonderberichterstatter des „Zeitungsvertrags“ in London meldet, er glaube zu wissen, daß infolge der gefrigen Unterredungen und namentlich infolge der Erklärungen, die Poincaré während des in der belgischen Botschaft gegebenen Frühstückes machte, in dessen Verlauf Poincaré Lloyd George gegenüber, wiederum davon sprach, eventuell die Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland wieder zurückzunehmen. Lloyd George gesteuerte abend die Meinung ziemlich frei dahin an, daß der Wunsch an der Handlungsfreiheit sei. Der britische Premierminister fügte hinzu, ein Wunsch sei vom englischen wie vom französischen Standpunkt aus gleich bedauerlich. Aber die nun einmal von Poincaré eingenommene Stellung scheint ihm keinen andern Ausweg zu lassen. Dieser Eindruck wurde übrigens gefestigt abend bereits den Vertretern der britischen Presse mitgeteilt.

Die Prüfung durch die Sachverständigen.

Ab. London, 9. August. Heute nachmittag wird sich die Konferenz voraussichtlich auch mit dem österreichischen Zusammenbruch beschäftigen. Ueber die gefrigen Verhandlungen des Sachverständigenausschusses berichtet der diplomatische Mitarbeiter des „Zeitungsvertrags“: Gleich zu Beginn traten starke Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich auf, ebenso der ausdrückliche Wunsch des belgischen Abgeordneten, die beiden Auffassungen miteinander zu versöhnen.

Der französische Abgeordnete wurde gefragt, ob die Franzosen, da das Gesamtergebnis der Poincaréschen Vorschläge, aber sogar einzelne davon, wie die prägnante Ausfuhrverbote, in so hohem Maße die herabgesetzte Summe, die Deutschland im Laufe des Jahres bezahlen soll (720 Millionen Goldmark), übersteigt, einverstanden seien, daß der Uebersehungs Deutschland zurückgegeben werden solle. Das habe Laferrière bejaht, worauf alle andern Abgeordneten sich gegen den französischen Standpunkt erklärten.

Einer sagte: „Sie würden von Deutschland einmal soviel nehmen, als ihr durch das Moratorium belassen werde.“ Die italienischen Sachverständigen betonten die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen einer derartigen Politik, die ihrer Auffassung nach für Deutschland in jeder Beziehung ruinös sein würden.

Darauf wurden die Vorschläge Poincarés für einzelnen sorgfältig geprüft. Einem französischen Vorschlag wegen der Kontrolle der chemischen Industrie des Rheinlandes durch den Völkerbund in Verbindung mit einer ähnlichen Kontrolle der deutschen Flugzeugwerke, die nach französischer Auffassung dem Frieden dienen würde, widersprach Sir Robert Horne, indem er betonte, daß dadurch die vorgeschlagenen finanziellen Sicherheiten die Eigenschaft von Sanktionen erhielten.

Der Plan der Errichtung einer Zollkontrolle in Belgien auf allgemeinen Widerpruch, worauf die Franzosen keinen besondern Nachdruck darauf legten.

Wegen des Sicherheitsplans, das die Lieferungen von Holz und Kohle für die Alliierten sichern sollte, erforderte die belgische Vertreter Einspruch auf Grund von sozialen und wirtschaftlichen Ermächtigungen. Die französische Ansicht, daß ein Anteil an den belgischen Industriellen einen großen Gewinn für die Alliierten bringen werde, wurde sofort bestritten. Eine belgische Industrie seien nur Schaufensperdebomben, bestimmt, um Kredite von den Banken zu erhalten.

Allgemein wurde die Arbeit des Ausschusses etwas gestoppt durch die Ungewißheit wegen der Dauer des Moratoriums. Schließlich wurde der belgische Vertreter Demelemans beauftragt, einen Bericht mit den allgemeinen Schlussfolgerungen der Versammlung zu verfassen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

(Bestellungen nehmen alle Zeitungsandrägerinnen entgegen.)

- Wieder vorrätig:
 - Preisang: Die Göttergötter, Gebunden 24.00
 - Wappal: Was wir wollen, (Die wirtschaftlichen und kulturpolitischen Ziele der Arbeiterjugendbewegung), Gebunden 24.00
 - Sismard: Gedanken und Erinnerungen, 1-3 Bände, ungeb., 24.00
 - Barz: Zur Kritik der politischen Dekonomie, Internationale Bibliothek Nr. 30, 24.00
 - Clive Bell: Kunst, (Eine ganz neue Auffassung des ästhetischen englischen Kunsttheoretikers, die alle Epochen im künstlerischen Leben erschließt), Broschüre 24.00, gebunden 24.00
 - Rebers kleiner Handatlas, 24.00
 - Rahn u. Rappoldt: Wie tief man den Seufzertitel einer Tagung, 24.00
 - Samburger Lieberblatt 1, 24.00

Dixin das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CO., DUSSELDORF

